



Verband der
Krankenversicherten
Deutschlands e.V.

Pressemitteilung

Verband der Krankenversicherten Deutschlands: „Abgeordnete sollen Zustimmung verweigern“

Berlin, den 07. November 2002

Berlin – Als „reine Flickschusterei, die die Patienten auszubaden haben“, hat der Verband der Krankenversicherten Deutschlands (VKVD) das Beitragssatz-Sicherungsgesetz kritisiert, das der Bundestag heute in erster Lesung berät. Zwar seien möglichst niedrige Krankenkassen-Beiträge auch Wunsch des VKVD. Allerdings sei undifferenziertes, pauschales Sparen der falsche Weg, um Kosteneffizienz und Patientennutzen in Einklang zu bringen, betonte VKVD-Präsident Heinz Windisch in Berlin.

Der Krankenversicherten-Verband forderte alle Bundestagsabgeordneten daher auf, diesem „Schnellschuss der Gesundheitsbürokratie“ die Zustimmung zu verweigern. Windisch: „Dieses Gesetz löst keine Probleme, es schafft nur neue.“

Der Verbandspräsident betonte, Krankenhäuser und Ärzte würden durch das Einfrieren der Vergütungen geradezu zur Rationierung von Leistungen genötigt. Daher sei damit zu rechnen, dass den Patienten in großem Umfang Therapien und Behandlungen vorenthalten werden. Windisch stellte klar, dass er grundsätzlich für Einsparungen im Gesundheitswesens sei, auch bei Ärzten und Krankenhäusern. Allerdings dürfe nicht alles über einen Leisten geschlagen werden. Vielmehr müsse man genau prüfen, wo gespart werden kann. Mitunter seien Mehrausgabe in einigen Bereichen insgesamt kostendämpfend.

Rückfragen: Verband der Krankenversicherten Deutschlands e.V. (VKVD)
Bleibtreustr. 24, 10707 Berlin,
Tel.: 030-88 62 52 87, FAX 030-88 6253 26
spreemann@vkvd.de
www.vkvd.de

oder: PPR Postina Public Relations
Tel. 06257-507 99-0
Fax. 06257-507 99-4
E-Mail: office@postina-pr.de